5. November 2026 | Gemeinderat

Stellungnahme des Gemeinderates zur Petition «Ressourcen Stopp im Beringerfeld»

Der Gemeinderat Beringen hat sich mit der am 7. Oktober 2026 eingereichten Petition «Ressourcen Stopp im Beringerfeld» befasst. Er anerkennt die Anliegen der rund 1'800 Unterzeichnenden zum Schutz der Wasserreserven, zur Stromversorgungssicherheit und zur sinnvollen Nutzung der Abwärme. Die Forderung nach einem generellen Baustopp für Rechenzentren kann der Gemeinderat aufgrund der geltenden Rechtslage hingegen nicht unterstützen.

Die Petition richtet sich an den Gemeinderat Beringen. Im Zentrum stehen drei Forderungen: Die verbindliche Nutzung der Abwärme, der Schutz der Trink- und Grundwasserreserven sowie die Gewährleistung der Stromversorgung für die Bevölkerung und das bestehende Gewerbe. Anlass ist insbesondere das geplante Rechenzentrum der Firma ENKA im Beringerfeld.

Der Gemeinderat nimmt die Sorgen der Petitionäre ernst. Die Auswirkungen der Rechenzentren auf die Wasserversorgung, den Energiebedarf und die Möglichkeiten der Abwärmenutzung beschäftigen die Gemeinde bereits seit längerer Zeit. In verschiedenen Gesprächen mit den Betreibern hat sich der Gemeinderat für Verbesserungen eingesetzt.

Abwärme sinnvoll nutzen

Die Betreiber haben signalisiert, die entstehende Abwärme kostenlos zur Verfügung zu stellen. Damit diese tatsächlich genutzt werden kann, braucht es allerdings entsprechende Fernwärmenetze und genügend Wärmeabnehmer. Die Erschliessung, Aufbereitung und Verteilung der Wärme sind mit erheblichen Investitionen verbunden. Das kantonale Energiegesetz sieht unter bestimmten Voraussetzungen bereits eine Verpflichtung zur Bereitstellung von Abwärme vor. Eine vollständige Nutzung kann die Gemeinde hingegen nicht verlangen. Der Gemeinderat wird sich weiterhin für wirtschaftlich tragfähige Lösungen einsetzen.

Wasserversorgung langfristig sicherstellen

Der Schutz der Trink- und Grundwasserreserven hat für den Gemeinderat hohe Priorität. In Gesprächen mit den Betreibern konnte bereits auf eine deutliche Reduktion des Wasserbedarfs hingewirkt werden. Nach den heutigen Erkenntnissen ist durch das geplante Rechenzentrum kein unmittelbarer Versorgungsengpass zu erwarten. Die langfristige Sicherstellung der Wasserversorgung bleibt jedoch eine wichtige Aufgabe, insbesondere mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung und zunehmende Trockenperioden.

Stromversorgung gewährleisten

Auch die Stromversorgung der Bevölkerung und des bestehenden Gewerbes muss trotz zusätzlicher Grossverbraucher sichergestellt bleiben. Die Verantwortung für die

erforderlichen Netzkapazitäten und den sicheren Netzbetrieb liegt bei den zuständigen Energieversorgungsunternehmen und Netzbetreibern. Der Gemeinderat erwartet, dass die notwendigen technischen Abklärungen im Rahmen der gesetzlichen Zuständigkeiten erfolgen.

Klare rechtliche Rahmenbedingungen

Der Gemeinderat weist darauf hin, dass die Bewilligung eines Rechenzentrums keine politische Ermessensentscheidung ist. Für industrielle Bauvorhaben liegt die Bewilligungskompetenz beim Kanton. Erfüllt ein Bauvorhaben sämtliche gesetzlichen Anforderungen, besteht grundsätzlich ein Anspruch auf eine Baubewilligung. Ein genereller Baustopp oder zusätzliche Bewilligungsauflagen ohne entsprechende gesetzliche Grundlage sind deshalb nicht möglich.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass wirtschaftliche Entwicklung und ein verantwortungsvoller Umgang mit natürlichen Ressourcen keine Gegensätze sein müssen. Er wird seine Handlungsmöglichkeiten auch künftig nutzen, um gemeinsam mit den Betreibern und den zuständigen Behörden tragfähige Lösungen anzustreben.

Der Gemeinderat hat seine Haltung in einem ausführlichen Antwortschreiben an die Petitionäre dargelegt.

Kontakt für Rückfragen:
Roger Paillard | Tel. 052 687 24 21 | roger.paillard@beringen.ch